

Übersichten

Außenpolitik

*(1) Tauwetter im sino-sowjetischen Verhältnis

Bereits ein Jahr vor seinem Amtsantritt als neuer Außenminister hat Qian Qichen ein Interview gegeben, in dem er den gegenwärtigen Stand der sino-sowjetischen Beziehungen folgendermaßen charakterisiert: Es gebe Fortschritte in den Bereichen Wirtschaft, Handel und Personalaustausch, dagegen immer noch Trübungen im politischen Klima. Es sei zu begrüßen, daß Gorbatschow den Wunsch nach Verbesserungen mit China zum Ausdruck gebracht habe. Von einem Abzug sowjetischer Truppen von der chinesischen Grenze sei bisher leider nichts bekannt. Ferner habe Moskau lediglich eine Division aus dem Norden der Mongolei zurückgenommen, nicht aber die an der chinesisch-mongolischen Grenze stationierten Verbände (BRu 1987, Nr.15, S.14 f.). Das zaristische Rußland habe mit Hilfe Ungleichverträge 1,5 Mio. qkm chinesischen Territoriums an sich gerissen. China beanspruche nicht etwa die Rückgabe all dieser Territorien, sondern es wünsche, die Grenzstreitigkeiten auf der Basis der damaligen Verträge beizulegen.

Im Januar 1988 schlug Gorbatschow ein Gipfeltreffen der UdSSR und der VR China vor. Noch im Jahr davor hatte Deng Xiaoping ein ähnliches Angebot ausgeschlagen; in der Zwischenzeit allerdings zeigt man sich in Beijing "Gipfel-interessiert" - u.a. hat Afghanistan neue Maßstäbe gesetzt. Wenn die Truppen dort einmal abgezogen sind, gibt es nicht mehr drei, sondern nur noch zwei Haupthindernisse auf dem Wege zu einer endgültigen Normalisierung.

Ende 1987 erklärte Deng Xiaoping, er sei bereit, mit Gorbatschow

überall in der Sowjetunion zusammenzutreffen, sobald Vietnam all seine Truppen aus Kambodscha abgezogen habe. Später schlug er eine flexiblere Voraussetzung vor: die Sowjetunion möge doch bitte Vietnam zum Rückzug ermutigen. Schon gibt es erste Anzeichen, daß Vietnam bis 1990 in der Tat all seine Verbände aus dem Nachbarland abgezogen hat. Verbliebe dann nur noch das dritte Haupthindernis, nämlich die sowjetische Militärpräsenz entlang der sino-sowjetischen Grenze. Diese Frage war Gegenstand der bilateralen Normalisierungsgespräche während der letzten zwei Jahre - und müßte sich bei einigermaßen gutem Willen lösen lassen - leichter jedenfalls als die Indochina-Problematik. Interessiert hat Beijing auf den Vorschlag des stellvertretenden sowjetischen Außenministers Rogatschow reagiert, der Anfang Januar erklärte, die UdSSR sei bereit, über den Abzug der Truppen nördlich der chinesischen Grenze mit sich reden zu lassen (XNA, 20.1.88).

Gorbatschow ist den chinesischen Reformern allem Anschein nach sympathisch. Hätte man sich früher über Minoritätenunruhen vom Ausmaß des aserbaidzhanisch-armenischen Berg-Karabach-Problems noch herzlich gefreut, so betrachtet man die dortige spannungsgeladene Situation heute als besorgniserregende Herausforderung für Glasnost (dazu BRu 1988, Nr.16, S.57 f.). Hinter solchen und ähnlichen Betrachtungen hört man eine gewisse Sympathie und die Hoffnung heraus, daß Gorbatschow mit seinem Reformkurs erfolgreich bleiben möge.

In der Zwischenzeit hat es wieder eine Reihe von Annäherungsschritten gegeben. Im Mai beispielsweise wurde ein Plan der Zusammenarbeit zwischen den Freundschaftsgesellschaften der beiden Länder abgesegnet (XNA, 21.5.88). In den Grenzprovinzen der beiden Länder kommt es zu immer engerer Zusammenarbeit (z.B. Radio Beijing nach SWB, 26.5.88). Zwischen dem 11. und dem 30. April kam es zur

zweiten Runde der Grenzgespräche zwischen beiden Ländern (XNA, 1.5.88), bei denen einstweilen zwar nur Präliminarien verhandelt, die aber heutzutage mit etwas mehr Fortschrittsoptimismus betrieben werden. Kontakte wurden inzwischen angeknüpft zwischen chinesischen und sowjetischen Verbrauchergenossenschaften (XNA, 28.4.88), zwischen Gruppen für Luftfotografie im Grenzbereich (XNA, 9.4.88), zwischen Transportfachleuten im Rahmen der sowjetisch-chinesischen Kommission für die Zusammenarbeit in Wirtschaft, Handel, Wissenschaft und Technik (März 1988) u.dgl.

In China sind inzwischen mehrere Bücher über Gorbatschow erschienen, darunter eine Biographie und eine Sammlung seiner Artikel. Dies ist das erste Mal in den vergangenen 35 Jahren, daß Schriften eines Sowjetführers oder anderer Autoren über ihn (mit Ausnahme von Lenins und Stalins Werken) in China gedruckt wurden. Gorbatschows Schriften erscheinen unter dem Titel "Reformen und neue Ideen" (gaige yu xin siwei). Die erwähnte Biographie stammt aus der Feder des seit 1973 in London lebenden Zhores Medwedew und wurde in 15.000 Exemplaren aufgelegt.

Umgekehrt veröffentlichte die UdSSR 46 Reden Deng Xiaopings aus der Zeit zwischen September 1982 und Juni 1987. Bereits im September 1987 waren Pläne für eine gemeinsame Buchproduktion erstellt worden, und zwar anlässlich der 6. Moskauer Internationalen Buchmesse (XNA, 15.9.87).

Nach zwanzig Jahren wurde im September der Handel über die Flüsse Amur und Ussuri neu aufgenommen. Die Chinesen ließen sich dabei über den Songhua-Fluß Bauholz aus Sibirien liefern, das im Hafen Dongjiang in der Provinz Heilongjiang angelandet wurde (XNA, 9.9.87). Dies war ein Ergebnis der Grenzflußfahrts-Gespräche, die übrigens auch in den Zeiten intensivster Spannungen nie eingestellt wurden.

Im Oktober 1987 fand auch die 11. Runde der sino-sowjetischen Normalisierungsgespräche statt, die inzwischen im wahrsten Sinne des Wortes "schlichte Normalität" geworden sind (zum - nichtssagenden - Kommuniqué vgl. XNA in SWB, 17.10.87).

Zum ersten Mal nach mehr als dreißig Jahren hatte China außerdem am 31.10.1987 die Übermittlung einer Grußbotschaft der KPdSU anlässlich des XIII.KPCh-Parteitags bekanntgegeben - auch dies Zeichen einer atmosphärischen Verbesserung!

Im Dezember 1987 wurde ein Abkommen zwischen beiden Ländern über eine langfristige wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit im Bereich des Fischereiwesens unterzeichnet. Dies war das erste Kooperationsabkommen zwischen beiden Ländern seit dem Rückzug der sowjetischen Entwicklungsexperten aus China i.J. 1960. Ziel des Projekts ist die natürliche und künstliche Vermehrung von Fischen im Amur und Ussuri.

Sympathisch sind der chinesischen Regierung auch andere Schritte Gorbatschows - sein Vorschlag eines Asiatisch-Pazifischen Forum, sein Eintreten für den Abbau, ja sogar den asymmetrischen Abbau von nuklearen Angriffswaffen und nicht zuletzt sein Besuch in Jugoslawien im März 1988.

Alles in allem sind die Fortschritte im sino-sowjetischen Verhältnis so schnell und gründlich, daß sich so manche chinesische Dienststelle bereits zur Abwiegung aufgefordert sieht; so z.B. leugnete ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums entschieden Berichte über angebliche chinesisch-sowjetische Militärgespräche (XNA nach SWB, 20.5.88), und außerdem sah sich der neue chinesische Ministerpräsident Li Peng veranlaßt, zu erklären, daß die neue Regierung keineswegs prosovietisch sei, obwohl viele ihrer Kabinettsmitglieder in der Sowjetunion oder in osteuropäischen Ländern studiert hätten (XNA, 13.4.88). -we-

* (2)

Partnerschaften Berlin (Ost)-Beijing und Leipzig-Nanjing

Anfang Mai wurde in Beijing zwischen Berlin (Ost) und Beijing ein Partnerschaftsabkommen unterzeichnet, dem Ende Mai ein ähnliches Abkommen zwischen Leipzig und Nanjing folgte. Damit hat die "kommunale Außenpolitik" Chinas, die gegenüber der Bundesrepublik längst zur Selbstverständlichkeit geworden ist, auch gegenüber der DDR begonnen.

In der Bundesrepublik ist es nicht etwa Bonn, sondern Köln, das zur Schwesterstadt Beijings geworden

ist. Man hat hier m.a.W. das große Köln als eine Art Ersatzlösung für das kleine Bonn genommen und damit einen Ausnahmefall konstruiert; denn normalerweise nimmt Beijing nur mit Hauptstädten Beziehungen auf. Die neuesten Konstruktionen sind ein, auch von den Chinesen als solcher empfundener, Ausdruck des anomalen Verhältnisses, in dem sich die beiden deutschen Staaten befinden (zu den Einzelheiten XNA, 7.5.88; ADN nach SWB, 26.5.88). -we-

* (3)

"Schwerer Schlag für die Einheit der islamischen Welt", der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und Iran

Am 26. April 1988 brach Saudi-Arabien seine Beziehungen zum Iran ab, nachdem iranische Raketeneinheiten den saudiarabischen Tanker "Seatrader" am 24. April in der Hormuzstraße angegriffen und Teheran außerdem angekündigt hatte, dieses Jahr 150.000 iranische Pilger nach Mekka entsenden zu wollen, die dort gegen die USA und Israel demonstrieren sollten. Die Saudis, die die Wallfahrt iranischer Pilger nach Mekka als eine Bedrohung der eigenen Sicherheit betrachten, hatten vorher bekanntgegeben, daß sie die Zahl der Iraner auf 50.000 beschränkt sehen wollten. Außerdem hatten seit 1980 wiederholt Zehntausende von iranischen Pilgern in Mekka politische Demonstrationen veranstaltet und dabei die saudiarabischen Führer als "Lakaien des US-Imperialismus" gebrandmarkt, weshalb Riad 1985 solche Pilgerdemonstrationen verbot. Gleichwohl setzten die Iraner ihr Treiben fort, und so kam es am 31.7.1987 im Rahmen des weltberühmt gewordenen "Mekka-Zwischenfalls" zu Zusammenstößen, bei dem mehr als 400 Menschen, die meisten davon Iraner, ums Leben kamen. Bald darauf überfielen iranische Attentäter die saudiarabische Botschaft in Teheran, und die iranischen Führer forderten öffentlich den Sturz von König Fahd und der königlichen Familie.

Historisch gesehen sind die Spannungen eine Fortsetzung des Konflikts zwischen den iranischen Schiiten und den Sunniten Saudi-Arabiens, den beiden wichtigsten Sekten des Islams - ein Konflikt, der inzwischen allerdings durch politische Idiosynkrasien verschärft wurde: da ist einmal der Golfkrieg, in dem Saudi-Arabien die Seite

Iraks bezieht. Zweitens aber hat Ayatollah Khomeini bereits seit seiner Machtübernahme i.J. 1979 gelobt, seine islamische Revolution in die arabischen Staaten hineinzutragen. Ein dritter politischer Konfliktfaktor ist der Tankerkrieg, der den Ölinteressen Saudi-Arabiens schadet. Der Angriff auf den Tanker "Seatrader" war offensichtlich jener Tropfen, der das Faß zum Überlaufen brachte.

China, das seit Jahren als Vorkämpfer von Regionalisierungslösungen in aller Welt auftritt, wobei es von der Prämisse ausgeht, daß starke Regionalbündnisse den Spielraum der Supermächte einengen, sieht in diesem neuen Konflikt zwischen zwei der wichtigsten Nahostländer einen schweren außenpolitischen Rückschlag, den es in einer Fülle von Kommentaren bedauert. -we-

* (4)

"Terrorismus" in Israel

"Zwei voneinander getrennte Ereignisse zogen letzte Woche am gleichen Tag weltweite Aufmerksamkeit auf sich. Am Montag verurteilte ein israelisches Gericht Iwan den Schrecklichen, einen früheren Nazi-Lagerwächter, zum Tod durch Erhängen, gleichzeitig aber wurde Israel bei einer Dringlichkeitssitzung des UN-Sicherheitsrats ebenfalls wegen Terrorismus verurteilt." Mit diesen Worten beginnt ein Xinhua-Kommentar (XNA, 30.4.88), der das eine belobt und das andere verurteilt: Das jüdische Volk sei ein "großes Volk. Es hat unendlich gelitten unter der Unterdrückung und der extrem brutalen Verfolgung des Hitler-Faschismus. Sechs Millionen Juden wurden durch den Faschismus während des Zweiten Weltkriegs ermordet, und die Völker der Welt, einschließlich der Araber, haben immer mit ihnen sympathisiert." Die Juden sollten dies nicht vergessen und sich deshalb "ihren Haß einzig für Rassisten und Faschisten aufbewahren".

Nun hätten aber die Israelis ganz im Gegensatz zu dieser Erwartungshaltung in "absurder Weise" das arabische Volk zu ihrem Feind gemacht und benutzten "die gleichen Nazi-Methoden, um das palästinensische Volk zu unterdrücken. Auf diese Weise verwandeln sie sich von Opfern der Verfolgung in Verfolger". Jüngstes Signal für den "israelischen Terrorismus" sei die

Ermordung des Palästinenserführers Abu Jihad am 16. April in Tunis gewesen. Aber auch sonst habe sich der "israelische Terrorismus" in "notorischer" Weise entfaltet, so z.B. bei der Zerstörung eines irakischen Nuklearreaktors i.J. 1981, bei dem Luftangriff auf das PLO-Hauptquartier in Tunis am 1. Oktober 1985 oder bei der Ermordung von 174 Palästinensern seit dem 8. Dezember 1987 in den "besetzten Gebieten" (XNA, 30.4.88). Kurzum, die Ankläger des Terrors seien selbst zu Angeklagten geworden. -we-

***(5)
Demonstrative Grenzgespräche:
Gegenüber seinen südasiatischen
Nachbarn zeigt China sich groß-
zügig**

Während China in Grenzfragen gegenüber Vietnam einen Ton von eisiger Schärfe anschlägt, gibt es sich gegenüber südasiatischen Nachbarstaaten im gleichen Fragenbereich generös. Dies zeigen die jüngsten Grenzvereinbarungen mit Bhutan, Nepal und Pakistan, ja sogar die Grenzgespräche mit Indien.

a) Mit Bhutan führt China seit April 1984 Grenzgespräche über den rd. 300 km langen gemeinsamen Abschnitt (dazu C.a., März 1984, Ü 7; weitere Einzelheiten zum chinesisch-bhutanesischen Verhältnis in: C.a., August 1974, S.481; C.a., Dezember 1974, S.760-770). Mittlerweile hat die fünfte Runde stattgefunden (10.-14. Mai 1988 in Beijing), bei dem ein Kommuniqué herausgegeben wurde, das seinen Vorgängern zum Verwechseln ähnlich ist (zum 3. Kommuniqué vom Juni 1985 vgl. z.B. XNA, 16.6.86). Im neuesten Kommuniqué heißt es, daß die Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz maßgebend für die Grenzverhandlungen seien, daß bei der Grenzziehung die historischen Überlieferungen, die Traditionen und die nationalen Empfindlichkeiten beider Völker berücksichtigt würden und daß bis zu einer endgültigen Erledigung aller Fragen der Status quo vom März 1959 weitergelte solle. Auf keinen Fall werde eine von beiden Seiten Gewalt anwenden (XNA, 16.5.88).

Die jeweiligen Verhandlungen pflegen von zahlreichen Festessen und von Ansprachen fröhlichsten Inhalts begleitet zu sein. Offensichtlich spielt für beide Seiten auch die Zeit keinerlei Rolle. Der

außenstehende Beobachter kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß China bei solchen "Verhandlungsrunden" seine Großzügigkeit genießt und alle Welt auch einen Eindruck davon gewinnen lassen will, wie hochherzig das Reich der Mitte gerade gegenüber kleinen Nachbar sein kann. Ganz offensichtlich erfolgen hier auch Seitenblicke in Richtung Vietnam.

Gleichzeitig will China einen scharfen Kontrast zu Indien erkennen lassen, das, wie es vorwurfsvoll heißt, seine "Sonderbeziehungen" zu Bhutan einfach nicht aufgeben wolle. Die Indische Union hat in Bhutan britisches Erbe übernommen, das i.J. 1910 durch einen Ungleichen Vertrag festgelegt wurde, in dem vorgeschrieben war, daß das Minikönigtum im Himalaya bei der Behandlung seiner außenpolitischen Beziehungen sich von Großbritannien "anleiten" lassen wolle. Dieses Anleitungsrecht wurde von Indien 1949 übernommen, und zwar durch einen beiderseitigen Vertrag, der damit zu einer Sonderbeziehungsabmachung wurde. Immer wieder hat Bhutan in der Zwischenzeit versucht, etwas mehr Unabhängigkeit zu gewinnen, und ist beispielsweise 1971 Mitglied der Blockfreienbewegung geworden. Gegenüber China freilich wird ihm von seiten Indiens weitaus weniger Freiheit zugestanden. So kommt es, daß es bis jetzt keine diplomatischen Beziehungen zu Beijing gibt - eine Tatsache, die beide Seiten allerdings nicht gehindert hat, wenigstens in Grenzgespräche einzutreten.

b) Auch mit Nepal sind inzwischen neue Grenzverhandlungen geführt worden. Der 1.414 km lange gemeinsame Grenzabschnitt ist der einzige Bereich Chinas zu Süd-asien, der bereits durch einen formellen Grenzvertrag fixiert wurde. Beide Länder haben 1955 diplomatische Beziehungen aufgenommen, 1956 ein Handels- und Verkehrsabkommen, am 21.3.1960 ein Grenzabkommen und 28.4.1960 ein Friedens- und Freundschaftsabkommen geschlossen. Eigentlicher Höhepunkt aber war der Grenzvertrag vom 5.10.1961, in dem auch eine Gemeinsame chinesisch-nepalesische Grenzkommission vereinbart wurde, die endgültige Grenzmarkierungen setzen und die von Zeit zu Zeit zusammenkommen sollte, um eventuell nötig werdende Fixierungen vorzunehmen (ausführlich dazu "Verträge der VR China mit anderen Staaten, Teil I:

Süd- und Ostasien", bearbeitet im Institut für Asienkunde, Frankfurt, Berlin 1962, S.205 ff., 219 f.). Immer wieder ist es seitdem zu Nachkorrekturen und zur Ausarbeitung entsprechender Kommuniqués gekommen, so z.B. am 14.8.1962 und am 20.1.1963. Die neueste gemeinsame Grenzbegehung fand im Mai 1988 statt. Am 5. Mai trafen sich dort die Mitglieder der Kommission für die zweite gemeinsame Inspektion, vor allem in Grenzbereichen, die in Höhen um die 6.000 m liegen (XNA, 6.5.88). Auch in diesem Zusammenhang gab es, ähnlich wie bei Bhutan, unzählige Freundschaftsbeteuerungen, wie ja überhaupt beide Seiten sich seit Jahren nicht genug damit tun konnten, die gegenseitige Freundschaft in den Himmel zu heben (z.B. XNA, 29.11.86, 1.12.86, 16. und 17.9.87). Der nepalesische König ist häufiger Gast in China, zuletzt im September 1987 (XNA, 17.9.87); China half sogar beim Bau eines buddhistischen Tempels am Geburtsort Buddha Sakyamunis in Lumbini (XNA, 17.2.87). Der Grenzhandel hat in den letzten Jahren laufend zugenommen (zu Zahlen bereits XNA, 10.10.84 und 19.3.86); China baut in Nepal Straßen, Brücken (z.B. die "Freundschaftsbrücke" auf dem Weg zwischen Katmandu und Lhasa (XNA, 9.12.85) und Fabrikanlagen, so z.B. eine Zuckerraffinerie (XNA, 18.5.87).

Am 13. April 1985 wurde außerdem eine Luftlinie zwischen Katmandu und Lhasa eröffnet, über die Touristen schneller ins tibetische Zentrum kommen konnten als bisher über den langen Umweg Beijing-Chengdu-Lhasa (XNA, 13.4.85). Auch der Landweg von Nepal nach Tibet wurde im März 1985 für Touristen freigegeben (XNA nach SWB, 8.3.85). China unterstützt Nepals Vorschlag einer "Friedenszone im Himalaya", der von Nepal erstmals 1975 verkündigt wurde (XNA, 9.8.82). Was könne es Friedlicheres geben als die Außenpolitik Nepals, fragen die Chinesen. Nepal verhalte sich völlig neutral, erlaube keinem Land, Militärbasen auf seinem Territorium zu errichten oder feindliche Aktivitäten gegen ein anderes Land auf nepalesischem Boden zu betreiben. Nepal schließe keine Militärbündnisse und mische sich nicht in militärische Konflikte ein. Auch sonst habe sich die Regierung von jeder Waffengewalt distanziert. Nepal habe sich ferner Verdienste beim Aufbau der Südasiatischen Union (SARC) erworben, die im Dezem-

ber 1985 in Dakka begründet wurde. Nepal gehöre ferner zu den Gründern der Blockfreienbewegung. Mit solchen Staaten arbeite man gerne zusammen - die Grenzabmachungen sind ein Beispiel dafür.

c) Pakistan: Es versteht sich fast von selbst, daß mit Pakistan, dem offiziell besten Freund Chinas in Asien, auch harmonische Grenzbeziehungen bestehen. Beide Länder haben im März 1963 ein erstes Grenzabkommen geschlossen. Am 13.9.1987 wurde ein Protokoll über die erste chinesisch-pakistanische gemeinsame Grenzinspektion unterzeichnet, ein Ereignis, dem drei Tagungen vorausgegangen waren (XNA, 14.9.87).

d) Sogar mit Indien zeichnen sich hellere Grenzperspektiven ab. Ministerpräsident Rajiv Ghandi betonte im Februar 1988, daß es hier auf beiden Seiten eine "positive Haltung" gebe; allerdings sei die Grenzfrage kompliziert und werde wohl nicht vom einen auf den anderen Tag gelöst werden können (PTI in SWB, 18.2.88). Am 26. April 1988 bestätigte der damalige Außenminister Wu Xueqian gegenüber einer Delegation des Press Trust of India, daß auch auf seiten Chinas der Wille zu einer gültigen Grenzlösung vorhanden sei. Allerdings könne die "McMahon-Linie", die von den Briten i.J. 1914 gezogen wurde, nicht als Basis für Grenzgespräche anerkannt werden; China habe diese Grenzziehung seit jeher als illegal betrachtet. Hier müsse neu verhandelt werden (PTI in SWB, 27.4.88). Dies ist der alte bekannte Standpunkt Chinas, der auch bereits in den ersten indisch-chinesischen Verhandlungsrunden zum Ausdruck gekommen ist, die im Dezember 1981 begonnen haben (ausführlich zu den ersten vier Gesprächsrunden in: C.a., November 1983, Ü 3). Wie ernst man es in China mit diesem zuletzt genannten Punkt meint, geht auch aus den ständigen Protesten Beijings hervor, die ohne Verzögerung erfolgen, sobald wieder einmal ein indischer Politiker von "Arunachal Pradesh" spricht - und es nun gar besucht. "Arunachal Pradesh" ist der offizielle Name Indiens für jenes umstrittene Gebiet, das - von China aus gesehen - jenseits der McMahon-Linie liegt (zu einem solchen Protest vgl. XNA, 2.4.88). -we-

*(6) Über tausend Vertretungsbüros in Beijing

Über tausend Vertretungsbüros ausländischer Firmen haben sich inzwischen, nach Auskunft der städtischen Verwaltung für Industrie und Handel in Beijing, in der Hauptstadt niedergelassen. Die meisten von ihnen betreiben Verbindungs- und Konsultationsgeschäfte in den Bereichen Handel, Finanzen, Versicherungen, Schifffahrt, Tourismus und Investitionen. Ein Drittel der Büros kommen aus Japan, an zweiter Stelle steht Hongkong, gefolgt von den USA, der Bundesrepublik und Frankreich.

Da seit längerem Klagen über die starre Zuteilung von Personal laut geworden sind, hat der Beijing Foreign Enterprises Service Corp. (fesco) in der Zwischenzeit Bestimmungen über eine flexiblere Handhabung dieses empfindlichen Fragenbereiches erlassen. Danach sollen Ausländer in Zukunft mehr Auswahl unter dem zur Verfügung stehenden Personal haben; auch soll ihnen das Recht zur Kündigung zustehen (XNA, 25.4.88). -we-

*(7) Friede als Haupttrend

Bei einem Besuch des argentinischen Präsidenten Alfonsin Mitte Mai 1988 in Beijing betonte Deng Xiaoping, daß die Dritte Welt als ganzes die größte Kraft für den Frieden sei. Jeder Fortschritt in der Dritten Welt bedeute einen Gewinn für die Friedenskräfte. In der Vergangenheit habe sich China hinsichtlich eines neuen Weltkriegs Sorgen gemacht. "Seit den siebziger Jahren jedoch haben wir unseren Standpunkt verändert. Wir sehen, daß die Kraft des Friedens die Kraft des Krieges überholt. Ein neuer Trend ist sichtbar geworden: Konfrontation wird durch Dialog ersetzt. Es ist jetzt an der Tagesordnung, Konflikte in der Welt auf friedlichem Weg zu lösen." (XNA nach SWB, 16.5.88) Einige Probleme beeinträchtigten freilich immer noch die friedliche Atmosphäre, so z.B. das Schuldenproblem, das ein Resultat der unvernünftigen Weltwirtschaftsordnung sei.

Was die Herausbildung eines pazifischen Wirtschaftsraums angeht, so stehe man, meinte Deng, erst noch am Anfang. "Wir brauchen dafür mindestens noch Anstrengungen von fünfzig Jahren."

Des weiteren führte Deng aus: "Wir stehen zwei Problemen gegenüber - Frieden und Entwicklung. Dieses sind unsere höchsten Ziele. Unsere beiden Länder müssen diese Periode nutzen und Fortschritte in der Entwicklung und beim Aufbau erzielen. Ich denke, das Jahrhundert Lateinamerikas liegt in der Zukunft." (Ebenda) -we-

*(8) "Multipolarisierung"

Neben der "Regionalisierung" hat sich in letzter Zeit die "Multipolarisierung" zu einem Lieblingsbegriff der für das Außenministerium so wichtigen chinesischen Beratungsinstitute entwickelt, vor allem des "Außenpolitischen Studienzentrums beim Staatsrat", dessen Direktor, Huan Xiang, intensive Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben pflegt. Die gegenwärtige Welt sei, führte er bei der 4. Tagung des (regierungsunabhängigen) Rats chinesischer und japanischer Einzelpersonen am 28. April 1988 aus, durch "vielfältige politische und wirtschaftliche Pole" gekennzeichnet sowie durch "Wettbewerb bei gleichzeitiger Koexistenz". Der Wettbewerb bleibe die Hauptkraft, finde seine Grenzen aber dort, wo die Interessen aller gefährdet würden (XNA, 29.4.88).

An anderer Stelle heißt es, daß der verringerte Machteinfluß der beiden Supermächte die Multipolarität fördert (BRu 1988, Nr. 18, S. 26-32). Die Zeit, da die beiden Supermächte als Weltgendarmen auftreten konnten, sei ein für allemal vorbei. Schon 1971 habe der damalige US-Präsident Nixon von einer sich abzeichnenden fünfpoligen Welt gesprochen. Diese Aussage habe sich inzwischen bestätigt. Eine ganze Reihe von Faktoren sei für diese Multipolarisierung verantwortlich zu machen. Da ist einmal der INF-Vertrag, der bei den Verbündeten der beiden Supermächte einerseits Wohlgefallen, gleichzeitig aber auch Distanzgefühle auslöst hat: Wird unsere Führungsmacht auf die Dauer unsere Sicherheit garantieren können, und ist es langfristig nicht besser, die Sicherheitsfrage in die eigene Hand zu nehmen? Eine weitere Entwicklung besteht darin, daß die beiden Supermächte haben einsehen müssen, daß ohne eine starke Wirtschaft, Wissenschaft oder Technologie ihre Vorrangstellung nicht zu halten ist. Der Akzent verlagert sich also mehr auf die Innenpolitik,

da man einsehen mußte, daß Wirtschaft heute oft mehr für die Macht eines Staates zählt als der bloße Rüstungsstand. In den Ländern des Ostblocks hat die "Wendung nach innen" auch zu verstärkten Reformanstrengungen geführt, die freilich nicht mehr im Gleichschritt, sondern in den jeweiligen Ländern verschieden ausfallen - ein weiteres Anzeichen für wachsende Selbständigkeit der bisherigen Satelliten. Das Bestreben, "eine kleine Regierung, aber einen großen Markt" zu haben, führe ebenfalls zur Abwendung von übermäßiger Rüstung. Schließlich beeinflusse die zunehmende Abhängigkeit vom Weltmarkt die wirtschaftlichen Entwicklungen der einzelnen Länder - und nicht zuletzt auch der Supermächte. Sogar die USA hätten dies zu spüren bekommen, nachdem sie mittlerweile zum größten Schuldnerland der Welt geworden sind.

Je stärker die Welt sich multipolar gestaltet, umso mehr nehme die Gefahr eines Weltkriegs ab und die Chance der Interdependenz zu: Wer andere angreift, schneidet sich ins eigene Fleisch.

Wie gesagt: Der Wettbewerb bleibt vorrangig bestehen, findet seine Grenzen aber an den allen gemeinsamen Koexistenz-Interessen. Leider finde diese Entspannung der Ost-West-Beziehungen keine Entsprechung im Nord-Süd-Verhältnis. Stichworte wie Verschuldung der Entwicklungsländer und Entwicklungsländer als "Kolonien der Hochtechnologie" zeigen neue Probleme auf. Deshalb sei es dringend nötig, den Nord-Süd-Dialog parallel zum Süd-Süd-Dialog fortzusetzen. So forderte beispielsweise Deng Xiaoping beim Besuch des tansanischen Präsidenten Nyerere im April 1987 die Einrichtung einer Nord-Süd-Kommission (XNA, 15.4.87). Es gebe zwei Kernfragen von allerhöchster Wichtigkeit auf der Welt, die eine heiße Krieg und Frieden, die andere Nord-Süd-Beziehungen. Die Menschheit könne sich nicht entwickeln, wenn das Nord-Süd-Problem ungelöst bleibe; der Trend gehe im Moment dahin, daß die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer würden.

Findet die "Multipolarisierung" also am Ende nur im Ost-West-Verhältnis statt? -we-

Innenpolitik

*(9)

XII. Nationaler Kongreß des Kommunistischen Jugendverbands

Der XII. Nationale Kongreß des Kommunistischen Jugendverbands (KJV) fand vom 4. bis 8. Mai 1988 in Beijing statt. An dem Kongreß nahmen fast 2.000 Delegierte teil. Sie sollen nach einem Wahlverfahren gewählt worden sein, bei dem die Zahl der Wahlkandidaten die Zahl der zu wählenden Delegierten überschreitet (Zhongguo Xinwen She, 11.5.88, nach: SWB, 14.5.88). Dieses Wahlverfahren, das den Wählern die Möglichkeit bietet, zwischen mehreren Kandidaten auszuwählen, ist ein wesentlicher Bestandteil der Reform des politischen Systems.

Der KJV zählt gegenwärtig rund 56 Millionen Mitglieder im Alter zwischen 14 und 28 Jahren (KJV-Kader dürfen auch älter sein.). Die dem KJV unterstellte Kinderorganisation "Junge Pioniere", der Kinder zwischen 7 und 14 Jahren angehören, zählt angeblich 130 Millionen Mitglieder. Landesweit unterhält der KJV 52 KJV-Schulen, die wahrscheinlich den KPCh-Parteischulen entsprechen. KJV-Organisationen unterstehen insgesamt 26 Verlagshäuser sowie über 70 Zeitungen und Zeitschriften. (RMRB, 12.5.88)

An der Eröffnungsfeier des XII. Nationalen Kongresses der KPCh-Jugendorganisation nahm die oberste Partei- und Staatsführung fast vollständig teil. Zugegen waren u.a. ZK-Generalsekretär Zhao Ziyang, die ZK-Sekretäre Hu Qili und Qiao Shi, Ministerpräsident Li Peng, der stellvertretende Ministerpräsident Yao Yilin, Parlamentspräsident Wan Li und Staatspräsident Yang Shangkun.

Auf der Tagesordnung des XII. Nationalen Kongresses der Nachwuchsorganisation der Kommunistischen Partei Chinas standen u.a. folgende Punkte:

- Grußadresse von ZK-Sekretär Hu Qili im Auftrag des Zentralkomitees der KPCh: Hu forderte die Jugendlichen auf, sich aktiv an die Spitze der Reformen zu stellen und die Reformen zu ihrer eigenen Sache zu machen. Dabei müßten sie an dem "kor-

rekten politischen Kurs festhalten" und sich mit Idealismus und Patriotismus für den Aufbau des Sozialismus mit chinesischen Charakteristika einsetzen. Chinas Jugend müsse auch in Zukunft die Tradition einer bescheidenen Lebensweise und harter Arbeit pflegen und zur Schaffung eines zivilisierten und gesunden gesellschaftlichen Klimas beitragen. Die Jugendlichen sollten nicht nur gesellschaftlich und politisch bewußter werden, die Gesetze kennen und die Bürokratie und die Korruption bekämpfen, sondern auch zu Einheit und Stabilität des Landes beitragen und die öffentliche Ordnung einhalten. (RMRB, 5.5.88; XNA, 4.5.88).

- Arbeitsbericht des 1. KJV-Sekretärs Song Defu (Kurzfassung in RMRB, 12.5.88): Song beklagte u.a., daß der KJV an Attraktivität verloren habe. Eine Reihe von KJV-Verbänden verträten nicht mehr die Interessen der Jugendlichen, hätten sich von den Jugendlichen entfernt und seien reine Verwaltungsorgane geworden. Eine erhebliche Anzahl von KJV-Basisorganisationen habe die Arbeit sogar völlig eingestellt.

- Verabschiedung des Arbeitsberichts von Song Defu (Beschlusstext in: RMRB, 9.5.88).

- Wahl eines neuen KJV-Zentralkomitees: Aus einem Kreis von 182 Wahlkandidaten wurden 165 ZK-Mitglieder gewählt, und für die Wahl von 70 ZK-Kandidaten standen 90 Anwärter zur Auswahl (Namenslisten in: RMRB, 9.5.88). Die Listen der Wahlkandidaten waren vom alten KJV-ZK in "Konsultation" mit einigen Provinz-KJV-Komitees aufgestellt worden (XNA, 9.5.88). Das Wahlverfahren auf dem Kongreß umfaßte zwei Schritte: Eine Vorwahl mit mehr Kandidaten als zu wählenden ZK-Mitgliedern und ZK-Kandidaten zur Erstellung der endgültigen Wahllisten, die dann keine Auswahlmöglichkeit mehr boten (RMRB, 6.5.88). Trotz dieses im Vergleich zu früher etwas demokratischeren Verfahrens gab es bei der Verabschiedung des Wahlverfahrens am Eröffnungstag 131 Gegenstimmen und 241 Enthaltungen (RMRB, 9.5.88). Ursachen für die vielen Gegenstimmen und Enthaltungen waren zum einen die unzureichenden Diskus-